

Vom „klassischen Irrtum“ der Neoklassik*

Kritische Anmerkungen zur Klassikeradaptation im modernen Ökonomieverständnis

MICHAEL S. ABLÄNDER**

The „Classical Misunderstanding“ of Neoclassical Theory

In the early economic writings economics is seen as an efficient tool to commit moral values. Nevertheless the modern interpretation of classical economists uses their ideas to line up a moral-free economic theory. In this way the modern interpretation of classical economic theory is based at least on three fundamental misunderstandings: first a historical misunderstanding, i.e. the belief, that classical economic theory is a result of a development from moral science to economic science, second a theoretical misunderstanding, i.e. the assumption, that classical economic theory is designed as a model for social structures in whole society, and third a conceptual misunderstanding, i.e. the opinion, that classical theory has sketched a normative ideal that should guide political rules. It can be shown, that none of these interpretations is actually based on classical theory.

Keywords: Classical Theory, Neoclassical Theory, Economic Man, Adam Smith, John Stuart Mill

1. Einleitung

Neoklassische Ansätze der Wirtschaftstheorie stützen sich vor allem auf die Annahme, dass sich selbst überlassene Märkte prinzipiell dazu tendieren, ein Marktgleichgewicht herbeizuführen. Verteilungsprobleme ließen sich damit grundsätzlich auch ohne Eingreifen staatlicher Regulierungsinstanzen lösen. Der Marktmechanismus selbst sei in der Lage, eine effiziente Güter- und Faktorallokation herbeizuführen (u.a. Rothschild 1992: 32ff.; Neumann 2002: 272f.). Selbst wenn dies im Einzelfall zu Ergebnissen führen sollte, die sozialpolitisch bedenklich erscheinen, müsse dies toleriert werden, da der Allokationsmechanismus der Märkte generell zu besseren Ergebnissen führe, als dies durch das Eingreifen staatlicher Instanzen erreicht werden könnte (vgl. Hayek 1994a: 11ff.).

Konsequent fordert die Neoklassik daher die Deregulierung von Märkten, den Abbau von Marktzugangsbeschränkungen, die Aufhebung kartell- und arbeitsrechtsrechtlicher Bestimmungen und eine möglichst zurückhaltende staatliche Wirtschaftspolitik.

* Beitrag eingereicht am 03.04.2006; nach doppelt verdecktem Gutachterverfahren überarbeitete Fassung angenommen am 17.11.2006.

** Prof. Dr. Michael S. Abländer, Lehrstuhl für Wirtschafts- und Unternehmensethik, Nora-Platiel-Str. 2-6, D-34127 Kassel, Tel: +49-(0)561-804-3857, Fax: +49-(0)561-804-2818, E-Mail: asslaender@uni-kassel.de, Forschungsschwerpunkte: Angewandte Ethik, Wirtschaftsethik, Arbeitsbegriff, Theoriegeschichte der Ökonomie.

Generell stützt sich die Neoklassik dabei zum einen auf die Annahme, dass der Marktmechanismus – als Errungenschaft einer sozialen Evolution (u.a. Hayek 1994b: 35; Hayek 1976b 117f.) – per se nicht hinterfragt zu werden braucht, da er den best möglichen Mechanismus der Güterverteilung darstellt. Zum anderen gilt es im Sinne der Neoklassik als evident, dass der Einzelne stets selbst am besten über seine Bedürfnisse und die ihm zur Verfügung stehenden Fähigkeiten zu deren Realisierung informiert sei. Entsprechend formuliert die neoklassische Theorie eine subjektive Nutzentheorie, die davon ausgeht, dass jedwedes individuell erstrebte Ziel per se auch als individuell nützlich erachtet wird (vgl. Stadermann 1987: 169f.). Eine vorläufige Apotheose erreicht dieses Denken mit Gary S. Beckers Versuch, jedwedes menschliche Verhalten entsprechend dieses subjektiven Nutzenkalküls erklären zu wollen (vgl. Becker 1993; Becker/Becker 1998).

In mindestens drei zentralen Aussagen scheint sich die neoklassische Theorie dabei auf die theoretischen Erkenntnisse der ökonomischen Klassik zu berufen. So etwa basiert das

- (1) Primat marktlicher Verteilungslogik auf der Annahme einer dem Marktmechanismus selbst innewohnenden Ordnungsfunktion, die – von Adam Smith als invisible hand bezeichnet – das egoistische Verhalten der einzelnen Marktteilnehmer zum Wohle aller wirksam werden ließe. Ähnlich basiert auch der in der Neoklassik vertretene ökonomische Liberalismus auf der Annahme, dass
- (2) menschliches Verhalten primär von Nutzenüberlegungen bestimmt sei und der einzelne stets nach der Verbesserung seiner eigenen wirtschaftlichen Lage strebe. Es sei daher auch zulässig, die ökonomische Theorie als allgemeine Handlungstheorie zur Erklärung menschlichen Verhaltens zu reformulieren. Ebenso stützt sich der ökonomische Liberalismus der Neoklassik mit seinem
- (3) „Nicht-Einmischungs-Postulat“ auf die Annahme, dass staatliche Eingriffe die Verteilungslogik des Marktes behinderten und so zu verzerrten, d.h. aus Sicht der marktlichen Verteilungslogik ineffizienten und damit ungerechten Ergebnissen führten. Hieraus leiten sich die neoliberalen Forderungen nach weitgehender Deregulierung und möglichst zurückhaltender staatlicher Wirtschaftspolitik ab.

Jenseits der Frage, ob diese Annahmen der Neoklassik in sich konsistent oder empirisch haltbar sind, stellt sich die Frage, ob sich diese Annahmen tatsächlich aus den Aussagen der ökonomischen Klassik ableiten lassen. Die von mir im Folgenden vertretene These besagt, dass es sich in den genannten Aussagen der Neoklassik um „Missverständnisse“ bei der Fortschreibung der klassischen Ökonomie handelt. Im Einzelnen handelt es sich hierbei um

- (1) ein *Historisches Missverständnis*, das sich auf die irrigen Annahmen stützt, die polit- und sozioökonomischen Schriften der Klassiker wären nur ein Übergangsphänomen auf dem Weg von der Moralphilosophie zur reinen Ökonomie. Es handelt sich zweitens um ein
- (2) *Theoretisches Missverständnis*, das auf der voreiligen Annahme beruht, die klassische Ökonomie hätte mit ihren Paradigmen ökonomischen Handelns eine Be-

schreibung gesamtgesellschaftlichen Verhaltens vorgelegt. Und schließlich handelt es sich um ein

- (3) *Kategoriales Missverständnis*, das vor allem in der Fehlannahme gründet, dass die praktische Nutzenanwendung einer liberalen Ökonomie ein nach ihren Entwürfen gestaltetes Staats- und Gesellschaftsmodell zur Voraussetzung habe, und mithin ein Primat der Ökonomie über die Politik zu gelten habe.

Um diese Thesen zu belegen, soll im Folgenden untersucht werden, in wie weit die Aussagen der ökonomischen Klassik als theoretische Grundlagen der neoklassischen Theorie herangezogen werden können. Um den Rahmen des vorliegenden Beitrages nicht zu sprengen, möchte ich mich dabei im Wesentlichen auf die Schriften Adam Smiths und John Stuart Mills beschränken. Für die Auswahl dieser beiden Autoren spricht dabei zum einen, dass sie als wohl wichtigste Autoren der ökonomischen Klassik in gewisser Weise deren Anfangs- und Endpunkt markieren und sich so in den zu untersuchenden Thesen eine Entwicklungslinie hin zu neoliberalen Vorstellungen bereits abzeichnen sollte. Zum anderen handelt es sich bei beiden Vertretern um Autoren, auf die seitens der Neoklassik implizit und explizit Bezug genommen wird, sei es im Kontext einer sich auf Adam Smith beziehenden „Metaphysik des Marktes“ (Ulrich/Thielemann 1993: 64) oder durch die Berufung auf das „klassische“ Freiheitsideal bei der Deregulierung von Märkten (vgl. Hayek 1976a: 9-48).

2. Die historische Ausgangslage

Betrachtet man die Schriften der frühen Ökonomen, von den Merkantilisten und Physiokraten bis hin zu den ökonomischen Klassikern, wird deutlich, dass zu Beginn des ökonomischen Forschens ökonomische Fragen aufs engste mit sozialen Fragestellungen verbunden waren. So war es beispielsweise stets auch Anliegen der merkantilen Wirtschaftspolitik, das Bildungsniveau der unteren Bevölkerungsschichten zu heben, soziale Ungerechtigkeiten abzubauen und die Bevölkerungszahl durch aktive Familienpolitik zu steigern (vgl. Brandt 1992: 41f.). Betrachtete es Jean Baptiste Colbert so einerseits als Pflicht der königlichen Untertanen, Steuern zu zahlen und mithin hierfür zu arbeiten (vgl. Born 1989: 102), sah er es andererseits als Aufgabe des Staates an, die Bürger hierzu in die Lage zu versetzen und für Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu sorgen. Wesentlich nachhaltiger als die direkten wirtschaftspolitischen Maßnahmen wirkten sich so langfristig die sozialen und bildungspolitischen Reformen des Merkantilismus aus.

Deutlich tritt das soziale Anliegen auch in den Schriften der klassischen Ökonomen zu Tage. So etwa wendet sich Adam Smith ausdrücklich gegen das Laissez-faire-Prinzip als Grundlage der Ökonomie (vgl. Smith 1985: 510-523), da dies aus moralischen Gründen nicht gebilligt werden könne, und John Stuart Mill widmet in seinen Prinzipien der Politischen Ökonomie der neu aufkommenden Arbeiterfrage ein eigenes Kapitel mit dem Titel: „Über die wahrscheinliche Zukunft der arbeitenden Klasse“ (Mill 1921: 396-454), in dem er unter anderem für eine Verbesserung des Bildungssystems eintritt, um so die Arbeiter zu einer mündigen, ihr eigenes Schicksal bestimmenden Klasse zu erziehen. Auch die hartnäckigen Diskussionen David Ricardos mit Thomas Robert Malthus um die Fragen der Verteilungsgerechtigkeit im Anschluss an die dritte Auflage der „*Principles of Political Economy and Taxation*“ (vgl.

Kurz 1994: xxi f.) muss vor dem Hintergrund der von beiden Autoren verfolgten sozialen Anliegen gesehen werden.

Stets bildet hier der politische Liberalismus, mit seinen Idealen einer politischen Teilhabe aller Bevölkerungsschichten, Freizügigkeit, Zugriff auf Bildung aber auch dem Recht auf ein gesichertes materielles Einkommen und soziale Chancengleichheit die Folie, vor deren Hintergrund die wirtschaftspolitischen Theorien der ökonomischen Klassik entwickelt werden. Soziale Reformen, so die Überzeugung der Klassiker, dürfen den Gesetzmäßigkeiten der ökonomischen Theorie nicht zuwiderlaufen, wenn sie nicht zum Scheitern verurteilt sein sollen. Das Ziel der staatlichen Wirtschaftspolitik ist dabei stets die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Situation insbesondere der unteren Bevölkerungsschichten. So etwa schreibt Malthus zur Frage der Lohnverbesserung der niederen Einkommensschichten:

„Niemand kann eine wirkliche Erhöhung des Arbeitslohnes eifriger wünschen als ich, aber den Versuch, dieses Ziel durch gewaltsame Erhöhung des Nominalpreises zu erreichen (...) muss jeder denkende Mensch als fruchtlos und kindisch verwerfen“ (Malthus 1993: 92).

Ökonomische Gesetze dienen hier als eine Art Lackmustest, der in der Lage ist, die Tauglichkeit der angestrebten wirtschafts- und sozialpolitischen Reformen aufzuweisen. Soziale Reformen – so Malthus' Überzeugung – lassen sich nicht gegen die Wirkweise der ökonomischen Gesetze, sondern nur im Einklang mit ihnen durchsetzen. Nur wenn es gelingt, „ökonomieverträgliche“ Methoden zur Umsetzung sozialer Reformen zu entwickeln, können diese erfolgreich sein. Diese Erkenntnis ändert für Malthus jedoch nichts an der Notwendigkeit der sozialen Reformen selbst; sie begrenzt lediglich die hierfür zur Verfügung stehenden Mittel. Die Frage der sozialen und politischen Standards ist in diesem Sinne keine Frage ökonomischer Gesetze, sondern externer moralischer Pflichten.

Erst allmählich beginnt sich dieses Verständnis von Ökonomie als politischer Ökonomie und damit das Anliegen der Ökonomie, mit Hilfe ihrer Theorien zu sozialen Verbesserungen beizutragen, zu verändern. Erstmals mit Alfred Marshalls „*Principles of Economics*“ (vgl. Marshall 1890) wird im Zuge der „marginalistischen Revolution“ innerhalb der Wirtschaftstheorie (vgl. Claeys 1987: 10f.) der explizite Anspruch des Sozialen und des Politischen aufgegeben. In der Folge kommt es zu einer fortschreitenden Ausblendung sozialer und moralischer Aspekte aus dem Kanon ökonomischer Fragestellungen. Damit verliert Ökonomie ihren Status als *causa formalis* für die Umsetzung klar definierter sozialer Zwecke und wird selbst zur *causa finalis* – zum Endzweck menschlichen Handelns.

Trotz der scheinbar konsistenten Fortschreibung der ökonomischen Theorie beruhen die zentralen Annahmen der Neoklassik, i. e. das Primat marktlicher Steuerung, das ökonomische Menschenbild und das Laissez-faire-Prinzip als normatives Postulat einer (neo-)liberalen Wirtschaftspolitik nicht auf den Prinzipien der klassischen Ökonomie und lassen sich auch nicht ohne weiteres auf diese zurückführen. Sie sind vielmehr das Ergebnis einer Reihe von Missverständnissen, die es im Folgenden näher auszuleuchten gilt.

3. Das historische Missverständnis

Das *historische Missverständnis* verdankt sich überwiegend der Tatsache, dass zahlreiche der wichtigsten Vertreter der frühen englischen Nationalökonomie thematisch ursprünglich in der Moralphilosophie beheimatet waren. Während Adam Smith, James Mill und John Stuart Mill neben ihren ökonomischen Schriften auch moralphilosophische Abhandlungen verfassten, blieb Thomas Malthus als ökonomisch interessierter Geistlicher schon alleine von Berufs wegen den sozialen Problemen seiner Zeit gegenüber aufgeschlossen. Allerdings, so die These, auf der das historische Missverständnis aufruht, hätten sich die Autoren der klassischen Ökonomie im Laufe ihrer Forschungen zunehmend von den Prinzipien der Moralphilosophie entfernt und sich einer an naturwissenschaftlichen Gesetzmäßigkeiten orientierten Nationalökonomie zugewandt. In diesem Sinne hätten sie erkannt, dass die Lösung sozialer Probleme nicht durch moralphilosophische Appelle, sondern alleine durch die sinnvolle Ausgestaltung einer ökonomischen Ordnung zu erreichen sei.

Ihren theoretischen Niederschlag fand diese Annahme unter anderem in der Formulierung des so genannten „Adam Smith Problems“, wie es die Smithinterpretation insbesondere im Ausgang des 19. Jahrhunderts in Deutschland beherrschte (u.a. Oncken 1898: 25-33, 101-108 u. 276-287, Brentano 1877: 60 ff., Skarzynski, 1878: 181 ff. u. Paszkowski: 1890: 40 ff.). Gegenstand dieses Problems bildete ein vermeintlicher Positionswechsel Adam Smiths. Dieser hatte in seiner „Theorie der ethischen Gefühle“ aus dem Jahre 1759 ein durch Wohlwollen und die Fähigkeit zu Sympathie gekennzeichnetes Menschenbild entworfen. In seinem 1776 erschienenen „Wohlstand der Nationen“ scheint Smith diese Position jedoch zu widerrufen und nun von einem durch Eigennutz und Egoismus gekennzeichneten Menschen auszugehen. So etwa führt Lujó Brentano die „materialistische Wende“ Adam Smiths auf den Einfluss der französischen Enzyklopädisten zurück, den diese während seines Parisaufenthalts auf ihn ausgeübt hätten (vgl. Brentano 1877: 60f.). Und ähnlich behauptet Witold von Skarzynski:

„Unter dem Einflusse Hutchesons und Humes war Smith Idealist, so lange er in England blieb. Nach dreijähriger Berührung mit dem Materialismus, der in Frankreich herrschte, kehrte er nach England als Materialist zurück“ (Skarzynski 1878: 183).

Dieser scheinbare Widerspruch, der vor allem von einer durch die kantische Philosophie geprägten deutschen Leserschaft als solcher wahrgenommen wurde, wird jedoch verständlich, wenn man sich die unterschiedliche Aufgabenstellung beider Werke vergegenwärtigt: Während das moralphilosophische Werk Adam Smiths die Erklärung tugendhaften Verhaltens sowie der psychologischen Gründe für unsere Billigung oder Missbilligung zum Ziel hat, steht in seinem ökonomischen Werk die „technische“ Analyse der Funktionsweise einer Volkswirtschaft und der wirtschaftlichen Verhaltensweisen des Menschen im Vordergrund. Ersteres basiert auf der Sympathie und der Mitleidsfähigkeit des Menschen, letztere stützt sich auf den Egoismus und das Nutzenkalkül der einzelnen Wirtschaftssubjekte (vgl. Paszkowski 1890: 26 f.). Mithin ist Smith nicht daran gelegen, das eine Menschenbild durch das andere zu ersetzen, sondern zu zeigen, dass der Mensch in unterschiedlichen Handlungskontexten unterschiedliche Motive in den Vordergrund rückt (vgl. Abländer 2002: 32ff.). Entspre-

chend kommen auch David Daiches Raphael und Alec Lawrence Macfie zu dem Ergebnis:

„The so-called ‘Adam Smith problem’ was a pseudo-problem based on ignorance and misunderstanding“ (Raphael/Macfie 1984: 20).

Smith ist hier keineswegs, wie die nachklassische Interpretation nahe legt, auf ein neues Prinzip gesellschaftlichen Zusammenlebens gestoßen, das ihn zur Neuinterpretation seiner moralphilosophischen Überlegungen veranlasst hätte. Die Aufdeckung des Eigennutzes als *causa efficiens* des wirtschaftlichen Verkehrs bedeutet für Smith nicht, dass sich wirtschaftliches Geschehen ohne Moral abspielt. Im Gegenteil: auch wirtschaftliches Verhalten unterliegt dem Urteil eines unparteiischen Zuschauers, wie ihn Smith zur Richtschnur seiner Moralphilosophie gemacht hat (vgl. Smith 1985: 52, 167, 20ff.). Es kommt im wirtschaftlichen Verhalten lediglich eine andere Dimension menschlichen Handelns zur Geltung (vgl. Büscher 1991: 129 u. Eckstein 1985: LVIII ff.). Während Sympathie, die Fähigkeit des Mitfühlenkönnens und das Urteil des unparteiischen Zuschauers Grundlage der Moral sind und damit das wesentliche Element der sozialen Bindung von Gesellschaften überhaupt darstellen, basiert die Ökonomie eines Landes weitestgehend auf Arbeitsteilung und Handel und ist damit in ihrem Wesenskern beschreibbar als eine durch gegenseitige Abhängigkeit erzeugte gesellschaftliche Austauschbeziehung zwischen nach Eigennutz strebenden Individuen (vgl. Raphael 1991: 109 u. Abländer 2005: 235f.). Smith sieht den Menschen also ebenso durch seine Fähigkeit zur Sympathie wie auch durch sein Streben nach Eigennutz bestimmt (vgl. Kaufmann 1984: 181). Dieser Hang zur Eigenliebe ist jedoch begrenzt durch das Urteil der anderen:

„Mag es darum auch wahr sein, dass jedes Individuum in seinem Herzen naturgemäß sich selbst der ganzen Menschheit vorzieht, so wird es doch nicht wagen, den anderen Menschen in die Augen zu blicken und dabei zu gestehen, dass es diesem Grundsatz gemäß handelt“ (Smith 1985: 123). Um also die Zustimmung der Mitmenschen zu seinem Handeln zu erlangen, müsste der Einzelne „... bei dieser, wie bei allen anderen Gelegenheiten die Anmaßung seiner Selbstliebe dämpfen und diese auf jenen Grad herabstimmen, den andere Menschen noch nachzuempfinden vermögen“ (Smith 1985: 123).

Der Wettlauf nach Macht, Reichtum und Ansehen wird für Adam Smith also durch die Spielregeln der Moral und des Anstandes begrenzt. Jeder Verstoß gegen diese Regeln wird mit Missachtung der Gemeinschaft – oder durch die von ihr erlassenen Gesetze – sanktioniert. Wie sich auch anhand der Werksgeschichte belegen lässt, bleibt Smith dieser Vorstellung einer durch Moral begrenzten Ökonomie Zeit seines Lebens treu. In der letzten von ihm editierten Auflage der „Theory of Moral Sentiments“ von 1790 unterzieht Smith sein Kapitel „Über Systeme, welche jede sittliche Bindung aufheben“ einer umfassenden Überarbeitung. Obwohl diese Überarbeitung weit nach der Veröffentlichung des *Wealth of Nations* geschieht, trennt sich Smith hier keinesfalls von seiner Sichtweise, dass Systeme, die rein auf Egoismus und individuellem Nutzenstreben basierten, eine Gesellschaft ins Unglück stürzen müssen (vgl. Abländer 1999: 35).

Auch für John Stuart Mill lässt sich eine derartige Entwicklung von der Moralphilosophie hin zur Ökonomie nicht konstatieren. In seinen ökonomischen Theorien bleibt er stets darum bemüht, ökonomische und moralische Forderungen miteinander in Einklang zu bringen. Auf der Grundlage des Nutzenprinzips, das als handlungsleitend angenommen wird, konstruiert Mill in Anlehnung an David Ricardo eine Ökonomie, die ausschließlich nach dem Prinzip der „isolierten Abstraktion“ arbeitet: Ausgehend von bestimmten Basisannahmen, die, wenn möglich, konstant gesetzt werden, wird versucht, durch sukzessive Ausgrenzung der irrelevanten Faktoren jene Kausalfaktoren zu analysieren, die für ein konkretes ökonomisches Phänomen bestimmend sind (vgl. Gaulke 1996: 66 f.). Mill konstatiert der politischen Ökonomie dabei einen Status, den er zwischen dem einer Wissenschaft (science) und dem einer Kunstlehre (art) ansiedelt.

„Eine Wissenschaft ist eine Ansammlung von Erkenntnissen, eine Kunstlehre dagegen ein System von Regeln oder Verhaltensvorschriften. Die Sprache der Wissenschaft lautet: dies ist, oder dies ist nicht; dies geschieht oder geschieht nicht. Die Sprache der Kunstlehre ist: Tu dies, vermeide jenes“ (Mill 1976b: 149).

Einerseits ist Ökonomie als Wissenschaft darum bemüht, allgemeine Gesetze des Wirtschaftens zu ergünden. Andererseits geht es ihr als Kunstlehre darum, dieses Wissen in der Praxis anzuwenden und Regeln für wirtschaftliches Handeln aufzustellen.

Als „science“ in diesem Sinne betrachtet Mill die Gesetze der Produktion. Sie tragen naturwissenschaftlichen Charakter, sie zu ergünden ist daher vorrangig Aufgabe der Naturwissenschaften.

„Die Gesetze und Bedingungen der Produktion von Vermögen zeigen den Charakter physikalischer Wahrheiten; hier gibt es nichts Wahl- und Willkürliches“ (Mill 1924: 300).

Demgegenüber entsprechen die Regeln der Verteilung weit eher einer Kunstlehre. Sie sind es, die den eigentlichen Gegenstand der Nationalökonomie bilden.

„Soweit die wirtschaftliche Entwicklung der Völker von dem Stand ihrer Kenntnisse von der Natur abhängt, ist sie Gegenstand der Naturwissenschaften und der auf sie gegründeten Fertigkeiten. Soweit jedoch die Ursachen moralischer oder psychologischer Natur sind, von den sozialen Einrichtungen und Beziehungen oder von den Prinzipien der Menschennatur abhängen, gehört ihre Untersuchung nicht in das Gebiet der Natur-, sondern der moralischen und sozialen Wissenschaft und ist Gegenstand der so genannten politischen Ökonomie“ (Mill 1924: 31 f.).

Moralische Aspekte werden so explizit zum Thema der politischen Ökonomie erhoben. Die Anbindung der Moralphilosophie erfolgt für Mill dabei auf zweierlei Weise:

Zum einen geht es ihm um die Klärung der normativen Basis, auf deren Grundlage die Verteilung des Wohlstandes erfolgen solle. Thematisiert werden hierbei: Eigentumsrechte, Erbfolge, Eigentumsübergabe, Besitzrechte an Grund und Boden usw. (vgl. Mill 1924: 330-354). Die Argumentation erfolgt hier überwiegend auf Basis eines liberalen Utilitarismus. Mill sieht sich dabei vor das Problem gestellt, seine morali-

schen Überzeugungen mit seinen politischen Freiheitspostulaten in Einklang zu bringen, was manche Mill-Interpreten dazu veranlasst hat, eine Art „John-Stuart-Mill-Problem“ zu konstruieren, dem zufolge es Mill nicht gelingen würde, die Forderungen seines politischen und ökonomischen Liberalismus mit den ebenfalls geforderten Prinzipien der Gemeinwohlorientierung ökonomischen Handelns in Einklang zu bringen (vgl. Abländer 2006: 165).

Zum anderen gelingt es Mill jedoch durch die Trennung von Produktion und Verteilung innerhalb der Ökonomie den Konflikt zwischen Kausalität, d.h. der Naturgesetzmäßigkeit innerhalb der Produktion, und der Willensfreiheit als Grundbekenntnis seiner liberalen Theorie, d.h. als willentliche Verteilungsgerechtigkeit, zu entschärfen. Dargestellt ist es ihm möglich, den moralischen Anspruch des Utilitarismus auch innerhalb der Ökonomie aufrecht zu erhalten. Diese unterliegt zwar teilweise naturgesetzmäßigen Determinanten, aber im Bereich der Verteilung spielen moralische Aspekte die herausragende Rolle; hier gilt es, das *„größte Glück der größten Zahl“* umzusetzen (vgl. Gaulke 1996: 78).

Mindestens für Adam Smith und John Stuart Mill lässt sich somit zeigen, dass sie keineswegs die Ersetzung der Moralphilosophie durch die Ökonomie betrieben haben und letztlich einem Primat ökonomischer Steuerungsmechanismen das Wort geredet hätten. Für beide Autoren gilt vielmehr, dass sie stets darum bemüht waren, ein mit ihren moralphilosophischen Positionen verträgliches ökonomisches Theoriegebäude zu errichten. Dort, wo die Ergebnisse rein marktlicher Austauschbeziehungen zu sozial unerwünschten Ergebnissen führen, plädieren beide Autoren für staatliche Eingriffe und eine Begrenzung ökonomischer Steuerungsmechanismen. Bezug nehmend auf die ökonomische Theorie Adam Smiths kommt Arnold Meyer-Faje (1991: 316) so zu dem Ergebnis:

„Gezielt ist es Smiths Auffassung, dass der Staat nicht nur den Interessen des Besitzbürgertums und des Wettbewerbs (...) zu dienen habe, sondern dass ihm all jene Aufgaben zukämen, die der Markt im Interesse der Gemeinschaft nicht zu lösen imstande sei.“

4. Das theoretische Missverständnis

Das *theoretische Missverständnis* beruht auf der Annahme, dass die Klassiker der Ökonomie versucht hätten, Ökonomie als Paradigma gesellschaftlichen Handelns zu begreifen. Ausgangspunkt hierfür bildet ein spezifisch ökonomisches Menschenbild, das den Menschen einerseits als prinzipiell abhängig von seinen Bedürfnissen zeichnet, ihn andererseits aber als rein rationalen Nutzenmaximierer sieht. Zwar bliebe in diesem Sinne die Figur des *homo oeconomicus* eine übertrieben Karikatur David Ricardos, aber näherungsweise müsse man dieses Menschenbild mindestens innerhalb der ökonomischen Handlungssphäre unterstellen, da nur so menschliches Verhalten erklärt werden könne.

In der Tat ist es die klassische Ökonomie, innerhalb derer erstmals ein spezifisches, auf ökonomische Belange reduziertes Menschenbild entworfen wird. Sowohl für Adam Smith, als auch für David Ricardo, Thomas Robert Malthus und John Stuart

Mill bildet dieses Menschenbild den Ausgangspunkt ihrer ökonomischen Analyse. So stellt Adam Smith auch gleich zu Beginn seiner ökonomischen Untersuchungen klar:

„Nicht vom Wohlwollen des Metzgers, Brauers und Bäckers erwarten wir das, was wir zum Essen brauchen, sondern davon, dass sie ihre eigenen Interessen wahrnehmen. Wir wenden uns nicht an ihre Menschen- sondern an ihre Eigenliebe, und wir erwähnen nicht die eigenen Bedürfnisse, sondern sprechen von ihrem Vorteil“ (Smith 1990: 17).

Es geht Smith hier jedoch nicht darum, menschliches Handeln als ausschließlich von Egoismus geleitet darzustellen oder gar eigennütziges Verhalten als Grundprinzip des Wirtschaftens propagieren zu wollen. Seine Zielsetzung ist eine andere: Zum einen ist er Realist genug, um zu wissen, dass menschliches Verhalten nicht ausschließlich von Altruismus und Wohlwollen bestimmt ist. Es gilt daher – insbesondere in ökonomischer Hinsicht –, das tatsächliche Verhalten der Menschen in die theoretischen Überlegungen mit einzubeziehen. Zum anderen geht es Smith an dieser Stelle nicht um Handlungsnormen, sondern um die empirische Analyse möglichst aller Einflussfaktoren auf den Wohlstand einer Nation. Dabei stellt das Eigeninteresse zumindest ein zentrales handlungsleitendes Motiv des Wirtschaftens dar. Hieraus jedoch schließen zu wollen, dass den egoistischen wirtschaftlichen Interessen des Einzelnen im Rahmen der Nationalökonomie in irgendeiner Form Raum gegeben werden müsse, scheint zumindest voreilig zu sein. Ökonomische Handlungsnormen als Paradigmen gesellschaftlichen Verhaltens in den Stand von Normen erheben zu wollen, ist für Adam Smith nicht vorstellbar. Jede Gesellschaft bedarf zuerst eines moralischen Minimalkonsenses, damit sie überhaupt als Gesellschaft funktionieren kann:

„Wenn es eine Gesellschaft zwischen Mördern und Räubern gibt, dann müssen sie, einem ganz alltäglichen Gemeinplatz zufolge, sich wenigstens des Raubens und Mordens untereinander enthalten. Wohlwollen und Wohltätigkeit ist darum für das Bestehen der Gesellschaft weniger wesentlich als Gerechtigkeit. Eine Gesellschaft kann ohne Wohltätigkeit weiter bestehen, wenn auch freilich nicht in einem besonders guten und erfreulichen Zustande, das Überhandnehmen der Ungerechtigkeit hingegen müsste sie ganz und gar zerstören“ (Smith 1990: 128).

Einer reinen Steuerung der Gesellschaft durch ökonomische Interessen misstraut Smith zutiefst, wie er auch durch seine Kritik an Bernard Mandeville verdeutlicht. Mandeville geht in seiner berühmten „Fable of the Bees“ (Mandeville 1980) davon aus, dass individuelle Laster für die Gesamtgesellschaft von Vorteil seien: Eigennutz, Verschwendungssucht, Geltungsbedürfnis usw. seien Untugenden, derer die Wirtschaft eines Landes bedürfe, da nur so eine ausreichende Produktion und Handelstätigkeit gewährleistet werden könne. Letztendlich, so Mandeville, basiere die ökonomische Prosperität eines Landes auf dem Egoismus und den Untugenden der einzelnen Bürger; daher seine Schlussfolgerung: *privat vices – public benefit*. Mandeville belegt diese Behauptung insbesondere mit der Beobachtung, dass zahlreiche Untugenden im Geschäftsverkehr nicht nur geduldet würden bzw. sich gelegentlich sogar des ausdrücklichen Lobes erfreuten (vgl. Mandeville 1980: 110f.), sondern dass auch private Laster offensichtlich wichtiger für das ökonomische Gedeihen eines Staates seien als private Tugenden: Bescheidenheit und Sparsamkeit seien für die Ökonomie eines

Landes von geringerem Vorteil als Prunksucht und Verschwendung (vgl. Mandeville 1980: 386f.).

Adam Smith sieht in dieser Überbewertung individueller Nutzenmaximierung zu Lasten der Moral eine maßlose Übertreibung. Zwar gesteht auch er im Rahmen seiner Affektenlehre zu, dass es ein natürliches Streben des Einzelnen nach Anerkennung und ein gewisses Eigeninteresse des Menschen gäbe (vgl. Smith 1985: 55 ff.), allerdings seien die natürlichen moralischen Empfindungen des Menschen durchaus in der Lage, die negativen Auswüchse dieser Anlagen zu begrenzen. Das Handeln des Menschen wird nicht ausschließlich durch Geltungssucht bestimmt, Handlungsziel ist vielmehr der Wunsch nach gerechtem Lob für tugendhaftes Handeln gemäß der herrschenden Moral.

„Es ist der große Trugschluss von Dr. Mandevilles Buch, dass es jeden Affekt als durchaus lasterhaft hinstellt, der, wenn er in einem gewissen Grade und in einer gewissen Richtung auftritt, allerdings lasterhaft ist. So kommt es, dass er alles als Eitelkeit behandelt, was irgendeine Beziehung auf die Empfindungen anderer in sich enthält (...); und mittels dieses Sophismas begründet er seinen Lieblingsschluss, dass die Laster des einzelnen Wohltaten für die Allgemeinheit seien“ (Smith 1985: 520 f.).

Letztlich kann für Adam Smith eine Ökonomie nur auf der Grundlage moralischer Tugenden gedeihen *und nicht umgekehrt*. Wer hier versucht, aus seiner deskriptiven Analyse menschlichen Verhaltens im Geschäftsverkehr das Paradigma eines durch ökonomisches Vorteilsdenken dominierten gesellschaftlichen Handelns ableiten zu wollen, missversteht Smith.

Das ökonomische Nutzenkalkül als Grundparadigma des menschlichen Handelns ist auch für Thomas Robert Malthus nicht vorstellbar. In weit stärkerem Maße noch als Smith argumentiert er in seinen Schriften auf der Basis eines sowohl gesellschaftswissenschaftlichen als auch moralphilosophischen und ökonomischen Hintergrundes. Die heute übliche Interpretation seines „Essay on the Principle of Population“ (vgl. Malthus 1993) als krude „sozialdarwinistische“ Studie zur Regulierung des Bevölkerungswachstums geht bei weitem an der Zielsetzung seiner Überlegungen vorbei.

Als Grundproblem gesellschaftlicher Missstände sieht Malthus vor allem die mangelhaften Anlagen des Menschen. Diesem ist es weder möglich, durch seine natürliche Veranlagung und seine Triebe – gleichsam naturgesetzlich – zu gesamtgesellschaftlichem Wohlstand zu gelangen, noch ist er in der Lage, sich selbst und seine Triebe aus reinen Überlegungen der Vernunft heraus zu beschränken. Die Auswüchse der menschlichen Triebhaftigkeit lassen sich nur in den seltensten Fällen durch individuelle Vernunft begrenzen.

„The cravings of hunger, the love of liquor, the desire of possessing a beautiful woman, will urge men to actions, of the fatal consequences of which, to the general interests of society they are perfectly well convinced, even at the very time they commit them. Remove their bodily cravings, and they would not hesitate a moment in determining against such actions. Ask them their opinion in the same conduct in another person, and they would immediately reprobate it. But in their own case, and under all the circumstances of their situation with

these bodily cravings, the decision of the compound being is different from the conviction of the rational being” (Malthus 1993: 104f.).

Es bedarf daher gesellschaftlicher Regelungen, die die menschlichen Triebe in sozial wünschenswerte Bahnen leiten. Sitte und Moral dienen damit der Unterwerfung der Leidenschaft unter die Vernunft (vgl. Winkler 1996: 28 ff.). Sollten jedoch Sitte und Moral nicht ausreichen, den menschlichen Trieben Einhalt zu gebieten, sorgt die Natur mit ihren Gesetzen selbst dafür, dass es zu einer Begrenzung menschlicher Triebe kommt. Überproportionales Bevölkerungswachstum, so Malthus, das sich jenseits der ökonomischen Wachstumsfähigkeit eines Landes bewegt, lässt sich daher nur auf zweierlei Art und Weise begrenzen: entweder durch eine Begrenzung der Geburtenzahlen oder durch eine höhere Sterblichkeit. Ersteres ist der menschlichen Vernunft und den menschlichen Gesetzen anheimgestellt; für letzteres sorgt die Natur von selbst (vgl. Malthus 1993: 30-45, Malthus 1924: Bd. 1, 22-34 u. Winkler 1996: 79).

Mill folgt hier in seinen ökonomischen Überlegungen den Ausführungen von Malthus und sieht sich selbst als „Malthusianer“ (vgl. Mill 1989: 94). Beschäftigungsproblem, Armut und gerechte Einkommensverteilung – per se ökonomische Probleme – lassen sich nur lösen, wenn es gelingt, die Moral der Arbeiterklasse zu heben und mithin ihre Vermehrungsrate zu senken (vgl. Mill 1924: 518f.). Die natürlichen ökonomischen Gesetze lassen sich in diesem Kontext nur mit Hilfe der Moral beherrschen. *Nicht die Ökonomie, sondern die richtige Moral ist es, die zu Wohlstand und Glück aller beitragen kann.*

„Stillschweigend erkennt man vollkommen das Lohngesetz oder tut das in einer Parenthese, etwa mit dem Schlagwort ‘hartherziger Malthusianismus’ ab; als ob es nicht tausendmal hartherziger wäre, Menschen vorzureden, dass sie nur ruhig Scharen von Kreaturen in die Welt setzen dürfen, die dem Elend sicher, häufig auch der moralischen Entartung ausgesetzt sind, als ihnen klar zu machen, dass sie es nicht dürfen...“ (Mill 1924: 528f.).

Mill appelliert hier an die Vernunft und ist weit davon entfernt, den Menschen tatsächlich als reinen Nutzen maximierenden Egoisten zu sehen. Lediglich aus methodischen Gründen müsse die Ökonomie gelegentlich den Menschen auf das Maß des „homo oeconomicus“ zum Zwecke der Modellbildung reduzieren (vgl. Mill 1976b: 161). Doch selbst an dieser Stelle schränkt Mill ein:

„Kein Mathematiker ist jemals auf die Idee gekommen, seine Definition einer Geraden entspräche einer wirklichen Geraden. Ebenso wenig hat jemals ein politischer Ökonom die Ansicht vertreten, die wirklichen Menschen wünschten nichts anderes als Reichtum oder sie hätten zumindest kein anderes Verlangen, das nicht sofort auch nur dem schwächsten Geldmotiv weichen würde. Doch sie haben das Recht, dies zum Zweck ihrer Argumentation anzunehmen...“ (Mill 1976b: 168).

Tatsächlich ist für John Stuart Mill das Streben des Menschen überhaupt nicht auf ökonomische Vorteile ausgerichtet.

„Hat der Mensch einmal die Mittel zu seiner Existenz erworben, ist der bei weitem größte Teil der Arbeit und Mühen, die er auf Erden auf sich nimmt, darauf gerichtet, die Achtung und die günstige Meinung der anderen Menschen zu gewinnen...“ (Mill 1976a: 78).

Letztlich ist sowohl für Smith wie auch für Malthus und Mill eine Ökonomie, die alleine auf dem Ideal Nutzen maximierender Egoisten basiert, weder realistisch noch wünschenswert. Der homo oeconomicus stellt für sie allenfalls einen worst case dar, mit dem der Ökonom rechnen muss; ihn jedoch als Voraussetzung für das Funkzionieren von Wirtschaft oder gar als wünschenswertes Ideal propagieren zu wollen, muss aus Sicht der ökonomischen Klassik als ein Affront wider die wahre Natur des Menschen erscheinen.

5. Das kategoriale Missverständnis

Das *kategoriale Missverständnis* besteht in einer Fehlinterpretation des systematischen Stellenwerts der Ökonomie. Aufgabe der Ökonomie sei es demnach auch, politische Handlungsempfehlungen zu geben, mit dem Ziel, staatliche Politik mit den ökonomischen Notwendigkeiten in Einklang zu bringen. Hieraus ließe sich schließlich ein Primat der Ökonomie speziell über die Politik, aber letztlich ebenso über andere Systembereiche menschlichen Handelns ableiten. Diese Interpretation bildet nach Lesart heutiger Ökonomen die normative Voraussetzung und die Legitimation weit reichender Kolonialisierungstendenzen, wie sie unter anderem von Jürgen Habermas beschrieben werden (vgl. Habermas 1988: Bd. 2, 293).

Diese Interpretation übersieht jedoch, dass nahezu alle klassischen Autoren von ihrem Moralverständnis auf die zu empfehlenden Maßnahmen schließen *und nicht umgekehrt* ihre Moral den ökonomischen Notwendigkeiten unterordnen oder gar aus ihnen abzuleiten versuchen. Entsprechend ist Ökonomie zwar ein wesentliches Instrument für die Ausgestaltung politischer Maßnahmen, sie gibt jedoch keinerlei Auskunft über die politisch anzustrebenden Ziele.

Dies lässt sich mindestens an zwei typischen Vorgehensweisen klassischer Ökonomen aufweisen:

Erstens ist für alle klassischen Autoren Ökonomie stets Mittel zur Verfolgung höherer moralischer und sozialer Ziele. So bleibt für Adam Smith Ökonomie stets an das Primat der Moral gebunden. Weder Nützlichkeitsabwägungen noch eine mögliche Steigerung des Wohlstandes erlauben es letztlich, zu Mitteln zu greifen, die aus moralphilosophischer Sicht nicht gebilligt werden können.

„Das Glück eines anderen zerstören, nur weil es unserem eigenen im Wege steht, ihm zu nehmen, was ihm wirklich nützlich ist, nur weil es für uns ebenso nützlich oder noch nützlicher sein kann, das wird kein unparteiischer Zuschauer gutheißen können – er wird es so wenig gutheißen können, wie jede andere Handlung, bei der sich der Mensch jenem natürlichen Hange hingibt, sein eigenes Glück dem Glück aller anderen vorzuziehen und auf deren Kosten zu befriedigen“ (Smith 1985: 122).

Klarer lässt sich die Absage an ein Primat der Ökonomie als Handlungsorientierung nicht formulieren. Ökonomie ist kein Selbstzweck, sie dient moralischen und sozialen Zielen.

Ebenso kritisch in seinem Denken ist hier John Stuart Mill. Er bleibt selbst dem Versuch, Ökonomie als Mittel stetiger Wohlstandsmehrung einzusetzen, gegenüber skeptisch. Wie auch für David Ricardo bewegt sich in seinen Augen jede Ökonomie

zwangsläufig auf einen statischen Zustand zu, der zwar durch den technischen Fortschritt in seinem Eintreten verzögert, nicht aber aufgehalten werden kann. Im Gegensatz zu den meisten seiner Vorgänger sieht Mill in der Erreichung dieses statischen Zustandes jedoch nicht die Gefahr der Verelendung der Massen und das Ende der wirtschaftlichen Prosperität (vgl. Brodbeck 2006: 235-238). Für ihn ist der stationäre Zustand vor allem deshalb von Vorteil, weil er den fortwährenden Kampf der Gesellschaftsmitglieder um immer größeren Reichtum beendet.

„Ich gestehe, dass mich nicht das Lebensideal der Leute bezaubert, die glauben, dass der Normalzustand menschlicher Wesen in dem fortwährenden Kampfe gegeneinander besteht, dass das Stoßen, Drängen, einander auf die Fersen Treten, das heute das Kennzeichen unserer gesellschaftlichen Zustände ist, das wünschenswerteste Los der Menschen oder etwas anderes sei, als die unerfreulichen äußeren Merkmale eines einzelnen Abschnittes des gewerblichen Fortschrittes. Es mag dies eine notwendige Stufe für den Fortschritt der Zivilisation sein (...). Diese Stufe bedeutet jedoch keine soziale Vollkommenheit, an deren Verwirklichung künftige Menschenfreunde eifrig mitzuarbeiten ein Bedürfnis fühlen würden“ (Mill 1924: 391).

Ökonomie stellt in seinem Denken also lediglich das Mittel der Wahl einer bestimmten Epoche dar, um hierdurch zu „sozialer Vollkommenheit“ zu gelangen. Die eigentliche Entwicklung der Gesellschaft aber vollzieht sich für Mill auf einer moralischen Ebene.

Zweitens basieren oftmals auch im Einzelfall – obwohl ökonomisch begründet – die jeweiligen wirtschaftspolitischen Empfehlungen weniger auf ökonomischen Erkenntnissen als vielmehr auf moralischen Überzeugungen der Autoren. Selbst die vielfach zitierte *invisible hand* ist für Smith nicht nur „Instrument“ einer optimalen Güterallokation, sondern – da Ausdruck eines allgemeinen Harmonieverständnisses – auch sozialer Ordnungsgarant:

„Es ist vergebens, dass der stolze und gefühllose Grundherr seinen Blick über seine ausgedehnten Felder schweifen lässt und ohne einen Gedanken an die Bedürfnisse seiner Brüder in seiner Phantasie die ganze Ernte, die auf diesen Feldern wächst, selbst verzehrt. (...) Das Fassungsvermögen seines Magens steht in keinem Verhältnis zu der maßlosen Größe seiner Begierden (...). Den Rest muss er unter diejenigen verteilen, die auf das sorgsamste das Wenige zubereiten, das er braucht, unter diejenigen, die den Palast einrichten und instand halten, (...); sie alle beziehen so von seinem Luxus und seiner Launenhaftigkeit einen Teil an lebensnotwendigen Gütern, den sie sonst vergebens von seiner Menschlichkeit oder von seiner Gerechtigkeit erwartet hätten. (...) Von einer unsichtbaren Hand werden sie (die Reichen; *Anm. d. Verf.*) dahin geführt, beinahe die gleiche Verteilung der zum Leben notwendigen Güter zu verwirklichen, die zustande gekommen wäre, wenn die Erde zu gleichen Teilen unter alle ihre Bewohner verteilt worden wäre (...). Als die Vorsehung die Erde unter eine geringe Zahl von Herren und Besitzern verteilte, da hat sie diejenigen, die sie scheinbar bei ihrer Teilung übergangen hat, doch nicht vergessen und nicht ganz verlassen“ (Smith 1985: 315 ff.).

Hier stehen zweifelsohne nicht ökonomische, sondern soziale Überlegungen im Vordergrund. Ist die „invisible hand“ nicht in der Lage, diesen sozialen Ansprüchen

zu genügen, verweist Smith auf die „visible hand“ staatlicher Ordnungspolitik. Gerade hinsichtlich der sozialen Belange und der Erstellung öffentlicher Güter sieht er es als Pflicht des Staates, „...bestimmte öffentliche Anstalten und Einrichtungen zu gründen und zu unterhalten, die ein einzelner oder eine kleine Gruppe aus eigenem Interesse nicht betreiben kann, weil der Gewinn ihre Kosten nicht decken könnte...“ (Smith 1990: 582). Wie sehr seine einzelnen ökonomischen Vorschläge von moralischen Überzeugungen getragen werden, belegt Smith auch an anderer Stelle. Zur Diskussion um eine allgemeine Handelsfreiheit heißt es:

„Einen Landwirt daran zu hindern, seine Erzeugnisse jederzeit auf den günstigsten Markt zu bringen, heißt augenscheinlich außerdem, das allgemein gültige Gesetz der Gerechtigkeit einer Idee der Gemeinnützigkeit, einer Art Staatsräson zu opfern. Es handelt sich um einen Akt gesetzgebender Gewalt, die nur in äußersten Notfällen ausgeübt werden sollte und auch nur dann entschuldbar ist“ (Smith 1990: 451).

Freiheit wird hier moralisch, nicht ökonomisch begründet. Nur so wird auch verständlich, dass sie als Wert an sich nur zugunsten höherer Werte – und dann nur in Ausnahmefällen – eingeschränkt werden darf.

Ähnlich wie bei Adam Smith lassen sich auch bei John Stuart Mill moralische Begründungen für ökonomische Forderungen nachweisen. So sieht Mill beispielsweise in seinem ökonomischen Modell keineswegs nur den Staat in die Pflicht genommen; vielmehr sieht er es als eine durch den common sense begründete moralische Pflicht der besser Privilegierten an, für gesellschaftlich verträgliche Verhältnisse zu sorgen.

„Allgemeine Gefühle sehen es als eine Pflicht der Reichen oder des Staates an, für alle Armen Arbeit zu finden. Wenn der moralische Einfluss der öffentlichen Meinung die Reichen nicht veranlassen kann, von ihrem Verbrauch soviel zu sparen, um allen Armen zu einem gerechten Lohn Arbeit zu verschaffen, gilt es als Pflicht des Staates, entweder durch lokale Abgaben oder durch Bewilligung öffentlicher Geldsummen Steuern zu diesem Zweck zu erheben“ (Mill 1924: 534 f.).

Das Ziel seiner Sozialutopie formuliert John Stuart Mill wie folgt:

„Eine wohlbezahlte, in auskömmlichen Verhältnissen lebende Arbeiterschaft; keine übergroßen Vermögensmassen, mit Ausnahme dessen, was während eines einzelnen Lebens verdient und angesammelt würde; aber eine viel größere Personenzahl als gegenwärtig, die nicht allein von grober Arbeit befreit, sondern auch hinreichend leibliche und geistige Muße hat und mechanischer Kleinarbeit ledig ist, so dass sie die Lebensannehmlichkeiten pflegen und so den weniger begünstigten Volksschichten ein Beispiel hiervon geben kann. Ein solcher unserer heutigen Verfassung sehr vorzuziehender Gesellschaftszustand verträgt sich nicht nur mit dem stationären Zustand vollkommen, sondern scheint seinem Wesen nach diesem Zustand der Ruhe verwandter zu sein als irgendeinem anderen“ (Mill 1921: 393).

An die Stelle des materiellen Fortschritts soll nun der sittliche und gesellschaftliche Fortschritt treten. Fortschritt in diesem Sinne ist nicht mehr ökonomisch bestimmt, sondern ist definiert als die Möglichkeit zur individuellen Verschönerung und Verbesserung der Lebensumstände und es ist die moralische Pflicht aller, hierzu ihren Beitrag

zu leisten. Ähnlich argumentiert Mill auch im Rahmen anderer sozialpolitischen Reformvorschläge. Diese werden in der Regel nicht ökonomisch, sondern letztlich moralisch begründet. Das gilt für die Begründungen zur Einführung eines allgemeinen Wahlrechts ebenso (vgl. Mill 1971: 143-160) wie für die Rechtfertigungen der Autonomiebestrebungen einer industriellen Arbeiterschaft (vgl. Abländer 2005: 211f.).

Wie am Beispiel von Adam Smith und John Stuart Mill gezeigt, haben sich hier im Zweifel also nicht die Politik und die Moral den ökonomischen Anforderungen anzupassen, sondern die Ökonomie ist an den Idealen des guten Lebens auszurichten. Nur solange sie hierzu einen Beitrag zu leisten in der Lage ist, besitzt sie ihre Existenzberechtigung und nur solange sind ihr innerhalb begrenzter Handlungssphären gewisse Freiheiten zuzugestehen. Die wirtschaftspolitischen Empfehlungen der Klassik zielen nicht darauf, Freibriefe für Nutzen maximierendes Handeln zu erteilen. Sie zielen vielmehr darauf, dem Staat geeignete, „wissenschaftliche“ Methoden an die Hand zu geben, seiner Verantwortung für das (wirtschaftliche) Wohlergehen seiner Bürger gerecht zu werden. In diesem Sinne unterscheidet sich die Position der klassischen Ökonomie kaum von der eingangs erwähnten Auffassung des Merkantilismus. Lediglich ist die klassische Ökonomie der Meinung, hierzu die besseren Methoden entwickelt zu haben.

Die Forderungen nach freien ökonomischen Gestaltungsmöglichkeiten, Handelsfreiheit, Freizügigkeit usw. sind also nicht zu verwechseln mit der Aufstellung eines Laissez-faire-Prinzips, wie es gerne mit der klassischen Ökonomie in Verbindung gebracht wird. Sie gelten nur in dem Umfang, in dem die Ökonomie zum einen dabei auch moralischen Anforderungen gerecht wird und zum anderen hierdurch ein positiver sozialer Effekt erreicht werden kann.

6. Zusammenfassung

Weder betrachteten die klassischen Nationalökonomien ihre Theorien als Fortentwicklung ihrer moralischen Grundpositionen noch begriffen sie Ökonomie als grundlegendes Paradigma menschlichen Handelns. Auch ein Primat der Ökonomie über andere Gesellschaftswissenschaften wird von klassischen Autoren weder befürwortet noch gefordert. Wenn überhaupt Ökonomie in gewissem Sinne politisch handlungsleitend werden soll, dann stets als Mittel oder als Prüfstein für soziale Vorschläge. Der Mensch ist nur selten ein altruistischer Philanthrop, insbesondere im Bereich des Wirtschaftens stellt oftmals Eigennutz und nicht das Mitgefühl die *causa efficiens* des menschlichen Handelns dar. Dem muss eine wirkungsvolle Theorie ökonomischen Verhaltens Rechnung tragen. Damit stellt der ‚*homo oeconomicus*‘ gleichsam den Härtefall für die Umsetzbarkeit sozialpolitischer Maßnahmen dar – das worst case Szenario einer Welt von Egoisten, an dem es die sozialpolitischen Maßnahmen zu testen gilt. Ebenso wie das Gesetz in der Lage sein muss, selbst einen Staat von Teufeln zu regieren (vgl. Kant 1991: Bd. 11, B 61 f.), muss auch die politische Ökonomie trotz der egoistischen Interessen der Einzelnen zum Wohle aller wirken. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Welt nur aus sich selbst überlassenen Teufeln, bar aller moralischen Pflichten bestehen solle.

Literaturverzeichnis

- Aßländer, M. S.* (1999): Die Ökonometrische Gesellschaft, Hamburg: Dr. Kovac.
- Aßländer, M. S.* (2002): Adam Smith: Moralphilosophie und Ökonomie in kritischer Absicht, in: Breuer, M./ Brink, A./ Schumann, O. J. (Hrsg.): Wirtschaftsethik als kritische Sozialwissenschaft, Bern: Haupt, 25-61.
- Aßländer, M. S.* (2005): Von der vita activa zur industriellen Wertschöpfung – Eine Sozial- und Wirtschaftsgeschichte menschlicher Arbeit, Marburg: Metropolis.
- Aßländer, M. S.* (2006): Zwischen Liberalismus und Sozialismus – John Stuart Mill und die Beschäftigungsfrage, in: Ulrich, P./ Aßländer, M. S. (Hrsg.): Der vergessene Politische Ökonom und Philosoph, Bern: Haupt, 155-194.
- Becker, G. S.* (1993): Der ökonomische Ansatz zur Erklärung menschlichen Verhaltens, Tübingen: JCB Mohr.
- Becker, G. S./ Becker, G. N.* (1998): Die Ökonomik des Alltags. Tübingen: JCB Mohr.
- Born, K. E.* (1989): Jean Baptiste Colbert, in: Starbatty, J. (Hrsg.): Klassiker des ökonomischen Denkens in 2 Bdn., München: CH Beck, Bd. 1.
- Brandt, K.* (1992): Geschichte der deutschen Volkswirtschaftslehre in 2 Bdn. Band 1: Von der Scholastik bis zur klassischen Nationalökonomie, Freiburg i. Br.: Rudolf Haufe.
- Brentano, L.* (1877): Das Arbeitsverhältnis gemäß dem heutigen Recht, Leipzig. Nachdruck Goldbach 1994, Goldbach: Keip.
- Brodbeck, K.-H.* (2006): John Stuart Mills „stationärer Zustand“ als soziales Modell, in: Ulrich, P./ Aßländer, M. S. (Hrsg.): Der vergessene Politische Ökonom und Philosoph, Bern: Haupt, 211-251.
- Bütscher, M.* (1991): Gott und Markt, in: Meyer-Faje, A./ Ulrich, P. (Hrsg.): Der andere Adam Smith, Bern: Haupt, 123-144.
- Claeys, G.* (1987): Der soziale Liberalismus John Stuart Mills: eine Einführung, in: ders. (Hrsg.): Der soziale Liberalismus John Stuart Mills, Baden-Baden: Nomos, 9-31.
- Eckstein, W.* (1985): Einleitung des Herausgebers, in: Smith, A.: Theorie der ethischen Gefühle, Hamburg: Felix Meiner.
- Gaulke, J.* (1996): John Stuart Mill, Reinbek: Rowohlt.
- Habermas, J.* (1988): Theorie des kommunikativen Handelns in 2 Bdn., Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Hayek, F. A. v.* (1976a): Wahrer und falscher Individualismus, in: ders.: Individualismus und wirtschaftliche Ordnung, Salzburg: Wolfgang Neugebauer, 9-48.
- Hayek, F. A. v.* (1976b): Die Verwertung des Wissens in der Gesellschaft, in: ders.: Individualismus und wirtschaftliche Ordnung, Salzburg: Wolfgang Neugebauer, 103-121.
- Hayek, F. A. v.* (1994a): Wirtschaft, Wissenschaft und Politik, in: ders.: Freiburger Studien, Tübingen: JCB Mohr, 1-17.
- Hayek, F. A. v.* (1994b): Arten der Ordnung, in: ders. Freiburger Studien, Tübingen: JCB Mohr, 32-46.
- Kant, I.* (1991): Zum Ewigen Frieden, in: Werkausgabe in 12 Bdn, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, Bd. 11.
- Kaufmann, F.-X.* (1984): Solidarität als Steuerungsform, in: Kaufmann, F.-X./ Krüßelberg, H.-G. (Hrsg.): Markt, Staat und Solidarität bei Adam Smith, Frankfurt a. M.: Campus.
- Kurç, H.* (1994): David Ricardo – Leben und Werk, in: Ricardo, D.: Grundsätze der Politischen Ökonomie und der Besteuerung, Marburg: Metropolis.

- Malthus, Th. R.* (1924): Eine Abhandlung über das Bevölkerungsgesetz in 2 Bdn., in: Waentig, H. (Hrsg.): Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister, Jena: Gustav Fischer, Bd. 6 u. 7 [Second Essay].
- Malthus, Th. R.* (1993): An Essay on the Principle of Population, Oxford: Oxford University Press [First Essay].
- Mandeville, B.* (1980): Die Bienenfabel – oder private Laster, öffentliche Vorteile, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Marshall, A.* (1890): Principles of Economics, London: Macmillan.
- Meyer-Faje, A.* (1991): Adam Smiths politökonomisches System – eine Antwort auf die Gefährdung der Conditio Humana, in: Meyer-Faje, A./ Ulrich, P. (Hrsg.): Der andere Adam Smith, Bern: Haupt, S. 303-340.
- Mill, J. St.* (1924): Grundsätze der politischen Ökonomie, Bd. 1, in: Waentig, H. (Hrsg.): Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister, Bd. 17, Jena: Gustav Fischer.
- Mill, J. St.* (1921): Grundsätze der politischen Ökonomie, Bd. 2, in: Waentig, H. (Hrsg.): Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister, Bd. 18, Jena: Gustav Fischer.
- Mill, J. St.* (1971): Betrachtungen über die repräsentative Demokratie, Paderborn: Ferdinand Schöningh.
- Mill, J. St.* (1976a): Über den Einfluss des Konsums auf die Produktion, in: ders.: Einige ungelöste Probleme der politischen Ökonomie, Frankfurt a. M.: Campus, S. 72-95.
- Mill, J. St.* (1976b): Über die Definition der Politischen Ökonomie und der ihr angemessenen Forschungsmethode, in: ders.: Einige ungelöste Probleme der politischen Ökonomie, Frankfurt a. M.: Campus, S. 145-184.
- Mill, J. St.* (1989): Autobiography, London: Penguin Books.
- Neumann, M.* (2002): Neoklassik, in: Issing, O. (Hrsg.): Geschichte der Nationalökonomie, München: Franz Vahlen, S. 271-288.
- Oncken, A.* (1898) : Das Adam Smith-Problem, in: Zeitschrift für Sozialwissenschaft 1/1898: 25-33, 101-108, 276-287.
- Paszkowski, W.* (1890): Adam Smith als Moralphilosoph (Diss.), Halle an der Saale.
- Raphael, D. D.* (1991): Adam Smith, Frankfurt a. M.: Campus.
- Raphael, D. D./ Macfie, A. L.* (1979): Introduction, in: Smith, Adam: The Theory of Moral Sentiments (The Glasgow edition of the works and correspondence of Adam Smith). Oxford. Reprint: Indianapolis 1984, Indianapolis: Liberty Fund.
- Rothschild, K. W.* (1992): Ethik und Wirtschaftstheorie, Tübingen: JCB Mohr.
- Skarzynski, W. v.* (1878): Adam Smith als Moralphilosoph und Schöpfer der Nationalökonomie, Berlin: Theobald Grieben.
- Smith, A.* (1985): Theorie der ethischen Gefühle, Hamburg: Felix Meiner.
- Smith, A.* (1990): Der Wohlstand der Nationen, München: dtv.
- Stadermann, H.-J.* (1987): Ökonomische Vernunft, Tübingen: JCB Mohr.
- Ulrich, P./ Thielemann, U.* (1993): Wie denken Manager über Markt und Moral? In: Wieland, J. (Hrsg.): Wirtschaftsethik und Theorie der Gesellschaft, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 54-91.
- Winkler, H.* (1996): Malthus – Krisenökonom und Moralist, Innsbruck: Studien-Verlag.